10. JAHRGANG, HEFT 42 **DER SPIEGEL** 17. OKTOBER 1956

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

BONN

JOHN-PROZESS

Für seine Verteidigung in dem bevorstehenden Verrats-Prozeß hat sich der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, sorgfältig vorbereitet. So fertigte John in der Untersuchungshaft eine Zeichnung an, die das Arbeitszimmer des Bundeskanzlers darstellen soll, um zu beweisen, daß er Konrad Adenauer tatsächlich in dessen Amtszimmer im Palais Schaumburg aufgesucht habe. Auch die Familienangehörigen des Kanzlers will John benennen, die in dem Augenblick das Zimmer verließen, als John eingetreten sein will. Konrad Adenauer hat bislang bestritten, den Verfassungsschutz-Präsidenten jemals in seinem Arbeitszimmer empfangen zu haben.

ZITAT

„Da sehen Sie den ersten Groß-Europäer. Er trägt gleichzeitig das Eiserne Kreuz und das Kreuz der Ehrenlegion." (Bundeskanzler Adenauer zu dem belgischen Außenminister Spaak vor einem Porträt des Belgierkönigs Leopold I. — 1831 bis 1865 — im großen Saal des belgischen Außenministeriums.)

KABINETTS-REFORM

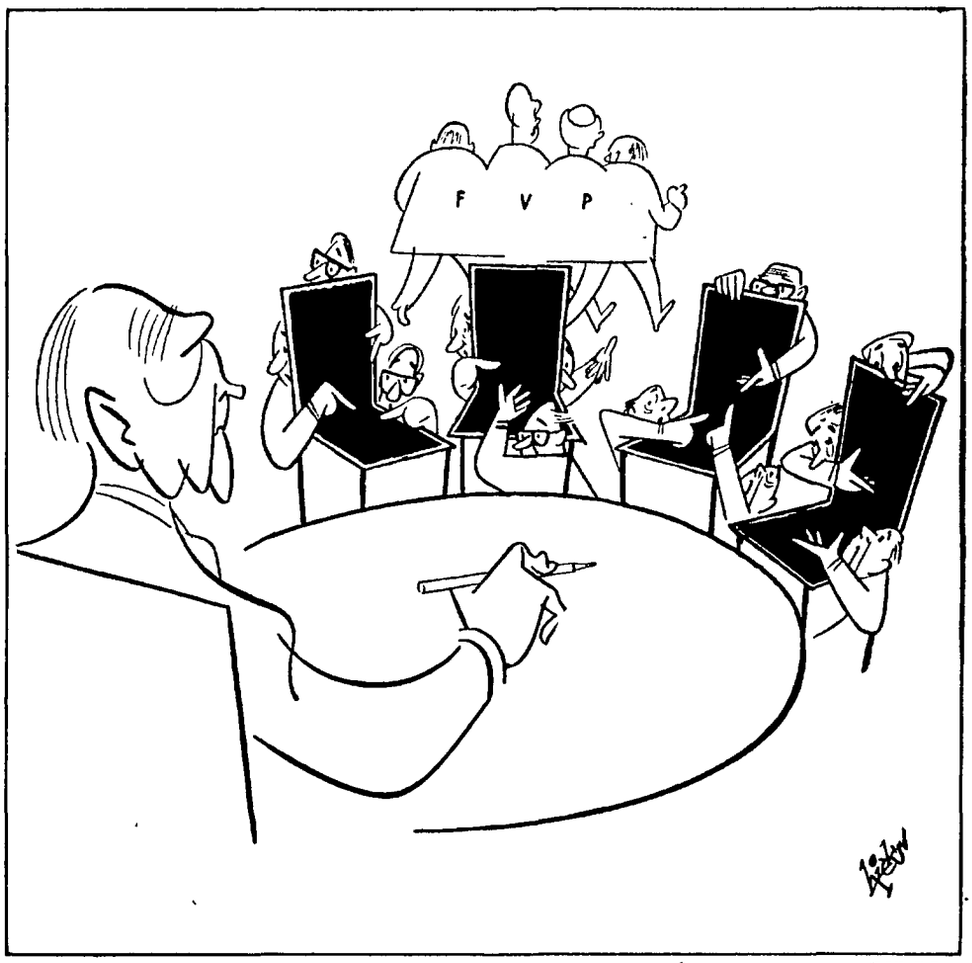
Die Kasseler Depesche

Ein Ereignis, das es in der siebenjährigen Geschichte des westdeutschen Staates noch nicht gegeben hat, kündigte sich in der letzten Woche an, als der Bonner Bundestag in Berlin tagte. Während die Masse der Abgeordneten tagsüber im Plenum und in den Ausschüssen abgespannt ihre Stunden absaß und erst mit dem Aufflammen der Neonlichter auf dem Kurfürstendamm zu regem Leben und soziologischen Studien zu erwachen schien, kreisten Verhandlungen und Gespräche, Taten und Worte jener wenigen Parlamentarier, von denen die politischen Geschicke der Bundesrepublik in Wahrheit bestimmt werden, um das noch nie erlebte Ereignis: eine Reform des Bundeskabinetts.

Diese Reform war eigentlich seit langem überfällig. Schon seit Monaten sind FDP und BHE aus der Regierungskoalition ausgeschieden, ohne daß die Minister der beiden Parteien — und ein Häuflein ihnen Ergebener — diesen Exitus mitgemacht hätten. So kam es, daß etwa der Ministerflügel der FDP, der als „Freie Volkspartei" dem Kanzler treu geblieben war, mit einer fünfzehnköpfigen Fraktion vier Minister stellte, während die bayrische CSU mit 52 Mandaten nur drei Minister in Konrad Adenauers Kabinett hatte.

Aber der Bundeskanzler, der sich ungern von vertrauten Gesichtern und von Politikern trennt, die daran gewöhnt und darauf angewiesen sind, ihm blindlings zu folgen, zögerte die Kabinettsumbildung immer wieder hinaus. Es kamen die Sommerferien, und nichts geschah in dieser Sache.

Immer deutlicher wurde offenbar, daß aus dem autoritativen Kanzler der einsamen Entschlüsse ein Zauderer geworden ist. In dem gleichen Maße, in dem Konrad Adenauer durch die Stagnation seiner Innen- und Außenpolitik die Herrschaft über die CDU/CSU-Fraktion verlor, büßte der physisch und psychisch geschwächte Kanzler auch seine eigene Entschlußfähigkeit ein, so daß heute in der Bundesrepublik — wie das Blatt des Berliner CDU-Vorsitzenden Ernst Lemmer, „Der Kurier", am Mittwoch letzter Woche schrieb — „alles andere als eine Diktatur, forsch, barsch und unbekümmert besteht, eher eine ‚Cunctatur', ein Verfahren des Zögerns und Verzögerns".



DIE ZEIT

„Gestatten — ist dieser Stuhl frei ...?"

Meinungsumfragen ergaben für die Regierungskoalition ein ungünstiges Bild. Die Zahl der demoskopisch Befragten, die alle Maßnahmen der Bundesregierung für im allgemeinen sehr gut oder gut halten, sank im Spätsommer zum erstenmal unter die 50-Prozent-Grenze. Die Zahl jener, die es für das Wichtigste halten, daß die Bundesrepublik sich mit den Amerikanern gut stellt, ist von 48 auf 38 Prozent gefallen; jene, die meinen, Deutschland müsse eine neutrale Stellung zwischen Amerikanern und Russen einnehmen, vermehrten sich von 48 auf 54 Prozent der Befragten. Die Zahl derer, die gern Soldat würden, sank von acht auf fünf Prozent. Nur ein gutes Drittel der Bevölkerung ist noch für die allgemeine Wehrpflicht.

Konrad Adenauer versuchte zwar, diesen Stimmungen nachzugeben. Die Wehrdienstzeit wurde von achtzehn auf zwölf Monate reduziert, und in Brüssel forderte der Kanzler, man müsse sich von der amerikanischen Patronage frei machen.

Politische Ratgeber des Kanzlers, wie der Pressechef Felix von Eckardt, meinten jedoch, daß etwas Spektakuläres geschehen müsse, um dem deutschen Volke zu beweisen, daß der Bundeskanzler noch fähig ist, zu regieren und seinen Willen durchzusetzen: personelle Veränderungen in der Bundesregierung. Und so ließ sich Konrad Adenauer schließlich zu sondierenden Gesprächen herbei.

Am Mittwoch vorletzter Woche begannen im Bundeskanzleramt Verhandlungen über eine Kabinettsumbildung. Indes, irgendein Ergebnis war zunächst nicht zu erzielen: Die CSU forderte, FVP-Justizminister Neumayer, CDU-Sonderminister Kraft und FVP-Sonderminister Schäfer seien zu entlassen. Darauf wollte der Kanzler nicht eingehen, zumal er gerade ein großzügiges Wahlkampfprogramm zur Unterstützung des Mittelstandes angekündigt hatte, für dessen Belange Sonderminister Schäfer im Kabinett zuständig ist.

Ein anderer Reformvorschlag kam von der FVP: Sie bot den Rücktritt von Vizekanzler Blücher und Wohnungsbauminister Preusker an, forderte aber, daß dann auch

Verteidigungsminister Blank und Arbeitsminister Storch aus dem Kabinett ausgemerzt werden müßten, weil sie die schwachen Punkte seien.

Auch auf diesen Plan ging Konrad Adenauer nicht ein. Das hatte die FVP im Ernst freilich auch nicht erwartet. Sie wußte, daß der Kanzler sich weder von Blücher noch von Preusker ohne Not trennen würde. Die FVP hatte diesen Vorschlag eigentlich auch nur gemacht, weil ihre vier Minister sich untereinander nicht einig werden konnten, wer denn nun auf seinen Kabinettssitz verzichten solle.

Selbst Justizminister Neumayer, der bis dahin kaum Einwände erhoben hatte, wenn unverbindlich von seinem Rücktritt die Rede war, erklärte den Kollegen nun, da es Ernst zu werden schien, sein Alter

Zurückgetretene FVP-Minister **Preusker, Blücher, Neumayer, Schäfer:** 103 Worte nach Bonn

von 72 Jahren sei schließlich kein Grund, um aus einem Kabinett auszutreten, das von einem 81jährigen geführt werde. Schließlich habe er sein Amt immer tadellos geleitet, was man von einigen anderen Mitgliedern des Kabinetts nicht gerade behaupten könne.

Die mündlichen Reform-Vorschläge der FVP vom Mittwoch vorletzter Woche wurden durch einen Brief der vier FVP-Minister an den Kanzler vom gleichen Tage ergänzt. In diesem Brief betonten die Minister, daß der Weg zur Konzentration durch sie nicht versperrt werden solle. Das Schreiben enthielt wieder klare Beschwerden über Storch, besonders aber über Blank. Es fehlte nicht ein Hinweis der vier, daß sie bereit seien, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen, obwohl gegen ihre Amtsführung in den letzten Monaten keineswegs solche massiven sachlichen Einwände erhoben werden könnten wie gegen andere Herren des Kabinetts.

Trotz diesem Schreiben der FVP-Minister mit ihrem verschämten Rücktrittsangebot kam es am folgenden Tage zu bitteren Kommentaren bayrischer CSU-Abgeordneter, die sich über den „eisernen Hintern" der FVP-Minister erregten, die nicht von ihren Sesseln wanken und weichen wollten. Das gleiche, wenn auch weniger bayrisch urwüchsig, druckte an jenem Freitag auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung"; sie schrieb, die FVP-Minister erweckten den Anschein, „daß sie an ihrem Posten haften". Die FVP will erfahren haben, daß der Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", in dem sich diese Formulierung findet, durch einen „CDU-Großkopfeten" inspiriert wurde.

Am Abend dieses Freitags vorletzter Woche, an dem so die allgemeine Kritik über den FVP-Ministern zusammenschlug, bestieg Vizekanzler Franz Blücher seinen Kraftwagen, um sich nach Kassel zu einem außerordentlichen FVP-Parteitag bringen zu lassen. Kurz vor sieben Uhr abends ließ er seinen Fahrer das Autoradio andrehen, weil er Nachrichten hören wollte.

Den Nachrichten folgte ein Kommentar des Bonner Korrespondenten des Westdeutschen Rundfunks, Ludwig von Danwitz. Der Rundfunkmann sprach über ein Thema — „Bonner Kabinettssorgen" —, das den Franz Blücher in diesem Augenblick außerordentlich interessierte. Der Vizekanzler hörte aus seinem Autoradio:

„Zwar gibt es nicht wenige Leute in Bonn, die den Glauben an die versprochene Verkleinerung und Konzentration des Bundeskabinetts bereits verloren haben, und das zufriedene Lächeln des einen oder anderen abbaureifen Ministers, der noch vor kurzem den Kopf hängen ließ, scheint ihnen recht zu geben. Aber die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat uns heute noch einmal versichern lassen, daß die ganze Fraktion, und nicht nur die bayrische Landesgruppe, die Kabinettsumbildung mit großem Ernst betreibt. Das tue, so wurde uns gesagt, auch Bundeskanzler Adenauer."

Franz Blücher wurde, als er dieses gehört hatte, außerordentlich erregt. Ihm wurde immer klarer, daß er und seine drei Parteikollegen Preusker, Neumayer und Schäfer vor der ganzen Öffentlichkeit nun als diejenigen dastehen würden, die an ihren Ministersesseln kleben und dadurch eine Kabinettsumbildung unmöglich machen.

Unter diesen Eindrücken traten am Freitagabend vorletzter Woche Vorstand und Fraktion der FVP, ein Gremium von etwa dreißig Männern, im Hotel Reiss in Kassel zusammen. Wollte die Partei nicht auch die allerletzte Reputation verlieren, so war es nun notwendig, daß ihre vier Minister noch einmal ihren Rücktritt erklärten, und zwar nachdrücklicher als in ihrem Brief. So wurde denn beschlossen, die vier FVP-Minister sollten das Regierungsschiff verlassen.

Am Sonnabend gab FVP-Pressechef Dr. Markus Timmler ein 103 Worte umfassendes Telegramm an „Herrn Konrad Adenauer, Bonn" auf, in dem die vier Minister ihren Rücktritt verkündeten. Prompt kam aus Bonn der bei einem Blitztelegramm übliche Bescheid, der Adressat habe die Depesche bekommen. Tatsächlich aber hatte Staatssekretär Globke die Mitteilung empfangen. Er stellte sie dem Bundeskanzler erst am Nachmittag zu

Das Telegramm eröffnete eine Woche fieberhafter politischer Aktivität.

Während der Parlamentswoche in Berlin, so wurde sofort von offiziöser Seite in Bonn versichert, würde die Kabinettsreform nun vollzogen werden. Der Kompromiß einer „kleinen Lösung", den der Kanzler Anfang letzter Woche im Palais Schaumburg zur schmerzlosen Bereinigung der Affäre in Aussicht genommen hatte, erwies sich nämlich als undurchführbar. Diese kleine Lösung sah vor, daß Sonderminister Kraft, Vizekanzler Blücher und Justizminister Neumayer entlassen werden sollten.

Strauß in Bonn

Dagegen intrigierten mit Erfolg die bayrischen CSU-Leute des Franz-Josef Strauß. Der Atom-Minister wollte die Gelegenheit zu einer Säuberung großen Stils nutzen, deren wichtigstes Opfer Verteidigungsminister Theo Blank sein sollte.

Um diese Stoßrichtung der Aktion nicht allzu deutlich werden zu lassen, blieb Verteidigungsminister-Aspirant Strauß selbst Berlin fern und dehnte den Angriff seiner Bajuwaren auch noch auf das zweitschwächste CDU-Mitglied im Kabinett Adenauer aus, den Arbeitsminister Anton Storch.

Franz-Josef Strauß hatte den Zeitpunkt zu einer Offensive gegen seinen alten Rivalen Theo Blank geschickt gewählt. In den ersten Jahren nach dem Scheitern der EVG war es dem Kanzler mit Rücksicht auf das Echo in der westlichen Welt unmöglich gewesen, jenen Minister zu entlassen, der auf deutscher Seite Symbol der europäischen militärischen Zusammenarbeit gewesen war.

In den letzten Tagen aber hatte Botschafter Herbert Blankenhorn, der die Bundesrepublik im Nordatlantikpakt vertritt, eine massive Beschwerde der Nato über Theodor Blank im Bundeskanzleramt vorgebracht. Aus der Beschwerde war zu entnehmen, daß der Verteidigungsminister seinen Natoverbündeten offenbar Zusagen in Sachen der westdeutschen Aufrüstung gemacht hat, die vielversprechender waren, als man in Paris und einigen anderen westlichen Ländern eigentlich erwartet hatte, die Blank aber, gedrängt von seinem Kanzler, glaubte geben zu müssen.

Nachdem Theodor Blank nun aber einmal derart unerwartete Versprechungen gemacht hatte, nahmen die Natomitglieder sie ernst. Im Laufe der Entwicklung bestätigte sich dann ihre anfängliche Skepsis: Die Deutschen hielten weder die Aufstellungstermine noch die Truppenstärken, noch die Waffenkauftermine ein, die Blank angekündigt hatte. Die Natopartner fühlten sich getäuscht. Die Frage der Bündnistreue Westdeutschlands kam auf diese Weise zur Sprache, und das ist der Punkt, in dem Konrad Adenauer keinen Spaß versteht. Er war merkwürdigerweise über Theodor Blank verärgert, was Franz-Josef Strauß nun geschickt ausnutzte.

Schon auf der Tagung der CDU/CSU-Fraktion in Bad Honnef, wo die Parlamentsferien beendet und die Richtlinien

für die letzten Monate der Legislaturperiode festgelegt werden sollten, war es zu einer harten Kontroverse zwischen Theodor Blank und Franz-Josef Strauß gekommen.

Ihre besondere Note erhielt die Kontroverse dadurch, daß Theodor Blank als Zeugen der Richtigkeit seiner Ansichten den Leiter der Abteilung Luftwaffe im Verteidigungsministerium zitierte, den Generalleutnant Josef Kammhuber. Der General, so sagte Blank, sei mit ihm, dem Minister, der Auffassung: „Wer umrüsten will, muß zuerst aufgerüstet haben."

Diese Logik schien schon damals selbst wohlwollenden Kollegen des Verteidigungsministers etwas reichlich ungewöhnlich. Um so skeptischer wurden sie, als Generalleutnant Kammhuber einige Zeit später vor dem Verteidigungsausschuß des Bundestages die Planungen des Ministeriums in Sachen Luftwaffe schlicht zerfetzte. Er sagte, ehe man Flugzeuge kaufe, müßten doch wohl zunächst einmal die Piloten da sein. Kammhuber bremste von sich aus die Flugzeugkäufe und ging auf Reisen, um sich jene Typen auszusuchen, die 1960 das Modernste sein werden, was dann am Markt ist. Bis dahin soll nach Kammhuber der Ausbildungsstand der Piloten so gut und ihre Zahl so groß sein, daß die erste Luftwaffengarnitur voll ausgebildet in die Maschinen steigen kann.

Jene Mitglieder der CDU-Fraktion, die Theo Blank in Honnef gehört hatten, konnten nun im Verteidigungsausschuß nicht übersehen, daß ihnen der Minister seinerzeit doch offenbar den Standpunkt des Generalleutnants Kammhuber zumindest ungenau interpretiert hatte. Das war eine Erkenntnis, die Theo Blanks Glaubwürdigkeit nicht eben festigte.

Theo Blank und Anton Storch hatten die Gefahr rechtzeitig erkannt, die ihnen von Franz-Josef Strauß drohte, und mobilisierten sofort die ihnen zugetanen Hilfskräfte: den Gewerkschaftsflügel der CDU, der vor allem in Nordrhein-Westfalen eine solide Hausmacht besitzt; Theo Blanks Bruder ist CDU-Landesgeschäftsführer von Westfalen-Lippe.

Nordrhein-Westfalens ehemaliger Ministerpräsident Karl Arnold, der selbst zum linken Flügel der CDU gehört, wurde von diesen Kreisen veranlaßt, die ihm vom Bundeskanzler zugedachte Nachfolge Blüchers als Vizekanzler nur unter der Bedingung zu akzeptieren, daß auch die Gewerkschaftskollegen Blank und Storch im Kabinett verbleiben.

Mitte letzter Woche gaben die Sozialpolitiker der Fraktion der CDU/CSU auf eigene Faust in Berlin eine Presseerklärung heraus, die von dem Blank-Freund Sabel unterschrieben ist, und in der es wörtlich heißt: „Die Abgeordneten sind der Auffassung, daß ein sachliches Bedürfnis zur Auswechslung des Bundesverteidigungsministers und des Bundesarbeitsministers nicht gegeben ist. Sie . . . ersuchen den Bundeskanzler, hieraus die notwendigen Konsequenzen bei der Kabinettsumbildung ziehen zu wollen."

Des Kanzlers Vertraute, an der Spitze Pressechef Felix von Eckardt, der immer mehr das Ohr Konrad Adenauers gewinnt, rieten dem Kanzler, nun um keinen Preis mehr zu zaudern.

Am Donnerstagvormittag letzter Woche traf der Bundeskanzler zur Bundestagsplenarsitzung in Berlin ein.

Während die Abschußkandidaten Theo Blank und Anton Storch unzertrennlich im gemeinsamen Schmerz auf der Regierungsbank hockten, hatten die FVP-Mitglieder des Bundeskabinetts, die sich selbst als zurückgetreten betrachteten, inmitten ihrer Fraktion Platz genommen. Nur Vizekanzler Blücher war nicht mit in Berlin.

Zu der am Donnerstagnachmittag anberaumten Kabinettssitzung erschienen die freien Volksparteiler jedoch, auf ausdrücklichen Wunsch des Kanzlers. Trotz des Drängens seiner Berater, eine Entscheidung herbeizuführen, begnügte sich Konrad Adenauer, immer noch zaudernd, auch in dieser Kabinettssitzung mit einem Kompromiß. Es wurde nur vereinbart, daß die FVP-Minister bis zu dem endgültigen Entscheid durch den Bundespräsidenten ihre Ministergeschäfte weiterführen sollten. Sonderminister Hermann Schäfer: „So steht es nun mal in unserem Anstellungsvertrag. Wir können eben nicht fristlos uns selbst entlassen."

Am Abend desselben Tages begannen in Berlin hinter strikt verschlossenen Türen die Koalitionsverhandlungen. Während Bundeskanzler Konrad Adenauer in einem Gespräch unter vier Augen den Wohnungsbauminister Preusker beschwor, doch im Kabinett zu bleiben, und ihm versteckt auch die Möglichkeit einer politischen Karriere für den Fall einer totalen FVP-Niederlage bei den nächsten Bundestagswahlen in Aussicht stellte, ließ er Theo Blank, eingehüllt in dürre Dankesworte, ziemlich unverblümt wissen, daß politische Situationen gelegentlich auch personelle Opfer erfordern.

Kabinettssitzung in Berlin: Diktatur oder Cunctatur?

Operiert muß werden

Aber zum Kummer seiner Ratgeber scheute sich der große alte Mann noch immer, eine definitive Entscheidung zu treffen. Innenminister Gerhard Schröder: „Operiert muß aber werden. Man kann nicht aus Mitleid zusehen, wie sich ein Geschwür bildet, und man kann auch nicht in der Politik die Grundsätze der Wohlfahrt anwenden, wenn man sie in der Privatwirtschaft verdammt."

Gerhard Schröder, der sich als Repräsentant der evangelischen CDU fühlt, meinte jedoch, etwas gegen allzu fürwitzige Machtansprüche der bayrischen CSU-Kollegen tun zu sollen. Er hatte am Dienstag letzter Woche auf ein Rechtsgutachten hingewiesen, das in seinem Hause vorliege. Dem Gutachten zufolge könne der Bundesfinanzminister wegen der besonderen Stellung, die er auf Grund des Artikels 113 des Grundgesetzes einnehme, nicht gleichzeitig Vizekanzler sein*. Dabei hatte Fritz Schäffer nach Absprache mit der CSU überhaupt keine Ansprüche auf die Vizekanzlerschaft geltend gemacht. Er kochte nun aber über diesen unnützen Schuß gegen sein Prestige, hinter dem er — zu Unrecht — das Auswärtige Amt vermutet.

Am Freitagabend wurde erstmalig klar, daß das Zögern des Kanzlers es unmöglich machen würde, die geplante Kabinettsumbildung termingemäß in Berlin abzuwickeln. Der Widerstand der Gewerkschaften einerseits und der CSU andererseits war so stark, daß eine nochmalige Fraktionssitzung der CDU in Bonn fur diesen Dienstag angesetzt wurde.

Die Frage der Kabinettsreform, die noch vor drei Monaten vom Kanzler allein hätte entschieden werden können, war nun zum Gegenstand politischen Tauziehens in der Koalition geworden.

Das Abschluß-Kommuniqué vom Freitag letzter Woche verschob die Entscheidung in dürren Worten auf diese Woche. Dennoch hatte sich der Kanzler nach einem letzten Vorstoß von Innenminister Gerhard Schröder, Staatssekretär Hans Globke, Bundespressechef von Eckardt und CSU-Stücklen schon in der letzten Woche entschlossen, seine „kleine Lösung" endgültig zu begraben.

Bundesverteidigungsminister Theo Blank, der sich noch am Vortag nach der ergebnislosen Kabinettssitzung mit etwas derangiertem Hemd, aber strahlend der Presse mit den Worten gestellt hatte: „Haben Sie mich jemals anders als zufrieden gesehen?", flog an jenem Vormittag in aller Stille und heimlich ins heimatliche Bonn zurück.

---

* Artikel 113 des Grundgesetzes lautet: „Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrates, welche die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ausgaben des Haushaltsplanes erhöhen oder neue Ausgaben in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen, bedürfen der Zustimmung der Bundesregierung." Der Artikel, der die Ausgabenfreudigkeit der Parlamente eindämmen soll, räumt dem Finanzminister also, sofern er die Mehrheit des Kabinetts auf seine Seite bringen kann, ein Vetorecht gegenüber der Volksvertretung ein. Wenn der Finanzminister nun auch noch Vizekanzler wäre, so sagt das Rechtsgutachten des Innenministeriums, dann würde bei der Beratung einer solchen Frage die Stimme des Finanzministers im Kabinett den Ausschlag geben, wenn er in Vertretung des Kanzlers den Vorsitz führen und sich bei der Abstimmung im Kabinett Stimmengleichheit ergeben sollte.